

EU-Wahl in Frankreich:

šFront Nationalö von Le Pen belegt Platz eins /
SP rutscht auf Platz drei und unter 15 Prozent

SP-Premier Valls gesteht šErdbebenö. Einzige Lösung:
šGrundlegende Reform Frankreichsö und šstarke und nähere EUö.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Dieses Ergebnis wurde seit Monaten erwartet, der Triumph von Marine Le Pen und ihrer Anhänger am gestrigen Wahlabend war dann aber doch für die übrigen politischen Kräfte Frankreichs und einen beträchtlichen Teil der Öffentlichkeit ein bedrückendes Erlebnis. Laut ersten Hochrechnungen kam ihre rechtspopulistische Partei šFront nationalö (FN) auf rund 25 Prozent und wurde diesmal zur stärksten Partei Frankreichs.

Platz zwei belegte, ebenfalls laut ersten Hochrechnungen, die konservative UMP mit 20 Prozent. Die regierenden Sozialisten dürften laut ersten Berechnungen unter 15 Prozent gestürzt sein. Die bürgerliche Zentrumsparterie UDI erhielt demnach 10 und die Grünen fast neun Prozent. Auf betont links stehende Listen entfielen insgesamt rund 10 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 43,5 Prozent.

šDie Franzosen wollen nicht länger von außen regiert werdenö, erklärte Marine Le Pen unter Bezugnahme auf die EU. Das Wahlergebnis ihrer Partei sei šdie erste Etappe im langen Marsch des französischen Volks zur Wiedererlangung seiner Freiheit. Damit die Franzosen wieder als erstes in ihrem Land bedient werdenö.

SP-Regierungschef: Jetzt erst recht Reformkurs fortsetzen

Unmittelbar darauf reagierte Premier Manuel Valls: Das Wahlergebnis sei šbitter für Frankreich und Europaö. Es handle sich um eine šVertrauenskrise und eine Schrei der Wutö, die Auswirkungen auf das šProjekt Europaö haben. šIch weiß, dass Europa euch enttäuscht hat, aber dass ihr Europa eigentlich liebtö, sagte Valls direkt an die Bevölkerung gerichtet. Die EU müsse nun wieder šHoffnung geben, stärker werden und näher rückenö. Für Frankreichs Politiker, seine Regierung eingeschlossen, handle es sich um einen šSchock und ein Erdbebenö.

Um sich dann wieder direkt an die Franzosen zu richten: šIhr habt Eure Ratlosigkeit erneut kund getan, bei der Arbeitssuche, bei knappen Monatsenden, bei den Zukunftsaussichten für Eure Kinderö sagte Valls unter Anspielung auf die vorhergehende schwere Schlappe der Sozialisten bei den landesweiten Kommunalwahlen im März, in deren Folge er zum neuen Regierungschef ernannt worden war. Man dürfe daher jetzt škeine einzige Minute mehr verlierenö, Frankreich müsse sich šgrundlegend reformierenö um seine šWettbewerbskraft wieder zu erlangenö betonte Valls. Nur so könne und müsse die šVertrauenskriseö der Bevölkerung überwunden werden.

Krise der Konservativen

Der Erfolg der FN wurde auch durch den Umstand begünstigt, dass die konservativ-liberale Opposition, die noch im März bei den landesweiten Gemeindewahlen vereint angetreten war und gesiegt hatte, diesmal zwei getrennte Listen präsentierte. wären die konservative UMP und die mit ihr meistens verbündete Zentrumsbewegung gemeinsam angetreten, hätte Marine Le Pen sich nicht als šerste Partei Frankreichs feiern können.

Außerdem hatte sich die UMP diesmal in einem besonders angeschlagenen Zustand präsentiert: ihr (Noch-)Vorsitzender, Jean-Francois Copé, gilt als Auslaufnummer, weil er im Verdacht steht rund 20 Millionen Euro aus der Parteikasse einer ihm nahestehenden PR-Firma zugeschanzt zu haben. Faktisch verfügt die UMP zurzeit weder über eine halbwegs repräsentative Führungspersönlichkeit noch über einen klaren Kurs zur EU. Ex-Staatschef Nicolas Sarkozy, der ebenfalls von Justiz-Affären belastet wird, intervenierte im Wahlkampf mit der Forderung nach šsofortiger Aufhebung des Schengener Abkommens über den freien Personenverkehr in der EU.

Diese Stellungnahme von Sarkozy lief zwar der Haltung der UMP-Kandidaten für die EU-Wahl zuwider, bekräftigte aber die Behauptung von Marine Le Pen, wonach die EU Frankreich einem Massenzustrom von Migranten aus Osteuropa und Afrika ausgeliefert habe. Im Gegensatz zu Le Pens Wahlkampf-Phrasen ist Frankreich zwar in Europa bei weitem nicht mehr das Hauptziel von Migranten. Die anhaltende Stagnation der französischen Wirtschaft und der laufende Job-Abbau in der Industrie haben aber einen enormen Nährboden für existentielle Ängste geschaffen, die gestern ein Viertel der französischen Wahlteilnehmer ins rechtspopulistische und EU-feindliche Lager trieben.